Europäische Briefe

März 2008

Die derzeitige politische und wirtschaftliche Krise Italiens ist ein Alarmsignal für alle Europäer, und es wäre ein schwer wiegender Irrtum, sie einfach über einen Kamm zu scheren mit einem der zahlreichen schwierigen und widersprüchlichen Momente in der jahrzehntelangen Aufholjagd dieses Landes im Vergleich zu den fortgeschritteneren Gesellschaften. Sie ist nur der sichtbarste Ausdruck der allgemeinen Rückentwicklung der Lage in Europa, deren Ursachen in dem Umstand wurzeln, dass Europa trotz mehr als fünfzig Jahren Integration noch immer gespalten und ohnmächtig ist und unverantwortlich handelt.

Eine auf den einzelstaatlichen Rahmen begrenzte Politik kann den durch die neuen internationalen Gegebenheiten bedingten Herausforderungen nicht gerecht werden und kann den Bürgern weder Sicherheit gewährleisten – die im Übrigen von den Entscheidungen der US-Macht abhängt, deren Interessen sich nun schon seit Jahren nicht mehr mit denen der Europäer decken – noch eine fortschrittliche Zukunft bieten. Unsere Gesellschaften zeigen Anzeichen von Niedergang und Auflösung, und die offensichtliche Krise der Demokratie betrifft zwar insbesondere Länder wie Italien oder Belgien, verschont jedoch auch nicht Frankreich und Deutschland, die in zunehmendem Maße erleben müssen, wie schwierig es ist, zu einem Konsens innerhalb der öffentlichen Meinung gegenüber den Institutionen und ihren Vertretern zu gelangen. Und – was noch schlimmer ist – die Antwort, welche die Politik auf diese Situation zu geben versucht, führt nicht zu einer Sicht der Dinge, die auf die Schaffung eines Europas als souveräne Macht hinwirkt, sondern vielmehr zu einer Rückkehr zu diversen Spielarten des Nationalismus, zu denen man sich mehr oder weniger offen bekennt. Selbst die Gründerstaaten, aus deren Zusammenarbeit alle Initiativen hervorgegangen sind, die den europäischen Einigungsprozess bis hin zur Schaffung der einheitlichen Währung vorangebracht haben, sind heute mehr denn je gespalten und lassen sich von unterschiedlichen Interessen leiten. Beleg dafür sind unter anderem die sich immer häufiger manifestierenden Gründe für Spannungen zwischen Frankreich und Deutschland sowie die Tatsache, dass die politischen Formeln, die einst genauen Zielvorgaben für die Entwicklung der europäischen Integration entsprachen, heutzutage falsch und widersprüchlich klingen. Man denke nur an die Bezeichnung "Europäische Union", die in den 70er und 80er Jahren gleichbedeutend mit dem Ziel der politischen Union war und jetzt ein Synonym für eine Nicht-Union von Staaten in den wichtigsten Politikbereichen ist.

Angesichts all dieser Überlegungen stellt sich ernsthaft das Problem, wie die Union mittelfristig überleben kann. Die öffentlichen Meinungen und die politischen Klassen in den verschiedenen Ländern neigen dazu, dieses Risiko zu unterschätzen, da sie sich nicht vor Augen führen, welche Rolle die globalen Faktoren in der Vergangenheit gerade im Hinblick auf die Schaffung friedlicher Rahmenbedingungen und dann auch die dauerhafte Gewährleistung einer für die Wiedergeburt des Kontinents unverzichtbaren Sicherheit gespielt haben. Ohne eine tiefgehende Gemeinsamkeit der Interessen in den Bereichen Wirtschaft und Handel sowie in der Außen- und Militärpolitik auf beiden Seiten des Atlantiks sowie in den nationalen Politiken der beiden entscheidenden Länder Frankreich und Deutschland hätten die bisherigen Fortschritte auf dem Weg zu der *ever closer union among the peoples of Europe*, die nicht umsonst in den Römischen Verträgen verankert ist, nicht erzielt werden können.

Daher ist es eine gefährliche Illusion, darauf zu hoffen, dass die gegenwärtigen Probleme der europäischen Staaten durch nationale Verfassungs- oder Wahlrechtsreformen bzw. durch Reformen der einzelstaatlichen Sozialmodelle überwunden werden könnten. Zwar ist festzuhalten, dass derartige Reformen notwendig sind als Reaktion auf die Erfordernisse, welche die großen wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen, die derzeit im Gange sind, mit sich gebracht haben; beschränken diese Reformen sich jedoch auf den rein nationalen Rahmen, so werden sie sich zwangsläufig als unwirksam erweisen und weder die eigentlichen Ursachen

der Krise beseitigen noch der Gesellschaft mit einem glaubhaften Zukunftsprojekt neue Dynamik verleihen, da sie nichts anderes als eine defensive Maßnahme zur Bewältigung der dringendsten Probleme sein können. Nur wenn also die enge nationale Sichtweise überwunden werden kann, besteht Hoffnung, die europäischen Länder von ihren Übeln zu heilen. Dies wird aber erst dann geschehen, wenn man zu der Einsicht gelangt ist, dass die Zeit der kleinen Schritte zum Aufbau Europas vorbei ist und die Wiederbelebung Europas nur dann konkret und glaubhaft sein kann, wenn es gelingt, von der Logik einer Reform der Institutionen der Union der 27 und der Suche nach einem *Konsens aller* Mitgliedstaaten abzurücken.

Auch ist dies nicht die Zeit, die verstärkte Zusammenarbeit in spezifischen Sektoren zwischen Staaten zu fördern, die an der eigenen nationalen Souveränität festzuhalten beabsichtigen, oder neue Leitungsgremien ins Leben zu rufen, welche die Spaltungen innerhalb der Union vertiefen. Vielmehr ist darauf hinzuwirken, dass sich der Rahmen der Macht und der politischen Auseinandersetzung von den Nationen auf Europa verschiebt, indem eine neue europäische Souveränität geschaffen wird, die sich auf den Konsens der Bürger all jener Länder stützt, die einem Zusammenschluss zu einem neuen Staat mit notwendigerweise föderalen Eigenschaften zustimmen. Gerade mit Blick auf eine solche Entwicklung können und müssen die politischen und sozialen Kräfte, denen das Schicksal ihrer jeweiligen Länder am Herzen liegt, eine wichtige Rolle spielen, um die Debatte zu lenken und frei von Zweideutigkeiten zu führen und die nationalen Regierungen und Institutionen zu mutigen Entscheidungen zu drängen. Andererseits wird immer deutlicher, dass diese Kräfte eine derartige Rolle nur übernehmen können, wenn sie beginnen, offen die Täuschung anzuprangern, der sich die Europäer hingeben und die darin besteht, dass ein europäisches Regierungssystem als bereits existierend und daher als einfach zu reformieren angesehen wird. Es wäre verhängnisvoll, das mehr oder weniger komplexe und interdependente, jedoch eng mit der *freiwilligen* Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Rahmen der Institutionen der Union verzahnte derzeitige europäische System weiterhin mit einem tatsächlichen supranationalen staatlichen System gleichzusetzen; manche tun dies, weil sie verlogen an den einzelstaatlichen Machtbefugnissen festhalten wollen, andere tun es einfach gedankenlos und leichtfertig.

Abschließend lässt sich feststellen, dass die größte politische Herausforderung, mit der die Europäer gegenwärtig konfrontiert sind, in dem Versuch besteht, eine *neue* Macht zu schaffen, d. h. einen Bundesstaat zu gründen, der angesichts der derzeitigen Widersprüche in einem Europa von 27 und mehr Ländern sich anfänglich nur aus einer begrenzten Zahl von Staaten – ausgehend von den Gründerstaaten – zusammensetzen kann.

Auch wenn es der italienischen Regierung, die nach den Wahlen gebildet wird, aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Notlage Italiens schwer fallen dürfte, die Kraft zu finden und die Glaubwürdigkeit aufzubringen, die erforderlich sind, um eine aktive Rolle zu spielen, wenn es gilt, eine solche Umkehr der Standpunkte bezüglich der künftigen Entwicklung Europas (gerade gegenüber Frankreich und Deutschland) zu fördern, so darf dies keine Hinderungsgrund dafür sein, dass die politischen Kräfte und die öffentliche Meinung in Italien sich dieses Konzept möglichst rasch zu Eigen machen und sich darauf einlassen müssen, es zu unterstützen, wann und wo immer sich die Gelegenheit dazu bietet. Auch wenn es in erster Linie Frankreich und Deutschland obliegt, ein neues Signal in diese Richtung zu setzen, so ist es in der Tat die Aufgabe Italiens, sich für einen föderalen Sprung im europäischen Integrationsprozess einzusetzen und darzulegen, wie notwendig und dringend eine solche Maßnahme wäre.

Diese Rolle fällt in zunehmendem Maße mit der Verpflichtung zusammen, den Aufbau Europas auf demokratischen Grundlagen durch die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung neu zu beleben, zu der in den Ländern Wahlen abzuhalten wären, die einen Pakt zur Gründung einer föderalen Union unterzeichnet und ratifiziert haben, und die das Mandat erhielte, die Verfassung des entstehenden Europäischen Bundesstaates auszuarbeiten, der all denen offen stünde, die ihm beitreten möchten. Der Rest ist leider nur europäische Rhetorik, die unsere Staaten nicht vor dem Niedergang retten wird.

Publius

Unter der Federführung der Stiftung Mario und Valeria Albertini

Editrice EDIF, via Volta, 5 - I-27100 Pavia - E-mail: publius@euraction.org
Direttore responsabile Elio Cannillo - Autorizzazione Tribunale di Pavia n. 574 del 9 settembre 2002
Stampatore PIME SRL, Pavia - Poste Italiane s.p.a., Spedizione in Abbonamento Postale D.L. 353/2003
(conv. in L. 27/02/2004 n. 46) art. 1, comma 2, DCB Pavia
www.euraction.org